

Maßhalten in der Finanzpolitik

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

solide Finanzen sind die Grundlage für Generationengerechtigkeit. Wir sehen mit Sorge, dass die rot-rot-grüne Landesregierung die Landesausgaben massiv steigert. Sie macht die finanzpolitischen Erfolge der Vorgängerregierung – zukunftsweisend zu investieren und dabei trotzdem sparsam zu haushalten – zunichte.

Haushaltsdisziplin scheint für das Linksbündnis keine große Rolle zu spielen. Die Rücklagen sollen zum großen Teil aufgelöst werden. Trotz Rekordeinnahmen fehlt die Kompetenz der Landesregierung, dieses Geld für Personal in Schulen richtig einzusetzen. Wegen Streit in der Koalition fehlt ein Schwerpunkt bei Polizei und Verfassungsschutz. Den Kommunen wurde jährlich weniger Geld zugewiesen als im letzten Jahr der CDU-geführten Landesregierung 2014.

Die CDU-Fraktion setzt sich dafür ein, dass der Haushalt maßvoll gestaltet wird. Schwerpunkte in der Bildung, in der Inneren Sicherheit und bei den Kommunen wollen wir stärken. Bei den anderen Ausgaben wollen wir prüfen, wie wir Spielräume für eine Entlastung des Haushalts nutzen können.



Mit freundlichen Grüßen

Mike Mohring
Fraktionsvorsitzender



Maik Kowalleck
Haushaltspolitischer Sprecher



➤ DAFÜR setzen WIR uns ein!



- Eine generationengerechte Finanzpolitik setzt voraus, dass Ausgaben des Freistaats überprüft und so gewonnene Spielräume auch für mehr Schuldentilgung eingesetzt werden.
- Wir fordern die Landesregierung auf, die noch angesparten Rücklagen des Freistaats nicht aufzulösen. 2017 hat die finanzielle Rücklage des Freistaats noch mehr als 1,3 Milliarden Euro betragen. Bis 2020 soll dieses Geld nach Vorstellungen der Linkskoalition zur Finanzierung der weiter steigenden Ausgaben zum großen Teil aufgebraucht werden.
- Für einen Wirtschaftsabschwung müssen wir gerüstet sein. Der Freistaat soll auch dann handlungsfähig bleiben und Zukunftsinvestitionen anstoßen können. Daher muss in guten Zeiten Maß gehalten werden.
- Wir wollen eine echte Verwaltungsreform, um den unvermeidlichen Personalkostenanstieg wirksam zu dämpfen.
- Wir setzen uns für sichere Kommunalfinanzen ein und erteilen der finanziellen Austrocknung kleiner Gemeinden eine klare Absage.
- Wir werden Schwerpunkte bei Bildung und bei der Inneren Sicherheit finanzieren. Dazu werden wir andere Ausgaben auf den Prüfstand stellen.
- Wir halten das Vorhaben der Linkskoalition für verfassungsrechtlich bedenklich, noch in dieser Wahlperiode einen Haushalt zu beschließen, der erst für die Zeit nach der Landtagswahl gilt. Aus unserer Sicht ist das ein eklatanter Bruch mit den Gepflogenheiten der parlamentarischen Demokratie. Das Budgetrecht des neuen Landtags wird dadurch ausgehöhlt.